

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23.09.2010

Sitzungsort: Ratssaal A 14/A 15

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.00 Uhr.

Vorsitz führte: Frau Küster

Stimmber. Mitglieder

- Küster
- Pütz
- Dr. Frantzioc-Immenkeppel
- Wasem (SK)
- Richter
- Weitz
- Mäsgen
- Wehr
- Schmitz, R. (SK)

Wohlfahrtsverbände

- Kühn-Mengel AWO
- Assenmacher Caritas
- Nocera Diakonie

Jugendverbände

- Miron Stadtjugendring
- Regh Stadtjugendring
- Mucha Stadtjugendring

Beratende Mitglieder gem. Satzung

- Bühren Pfarrer ev. Kirche
- Kühn Pfarrer kath. Kirche
- Beckmann ARGE
- Neumann Amtsgericht
- Teichmann Polizei
- Weiler Schulen
- Schumacher Kinderhaus Schumaneck
- Günzel JGR
- Meyer Kinderschutzbund
- Reisner Sonderspaß e.V.
- Riedel gem. § 58, Abs. 1, Satz 7 GO NW LINKE

Beratende Mitglieder der Verwaltung gem. Satzung

- Kreuzberg
- Schmitz
- Nahlik

Schriftführer

- Frings

Gäste

-
-
-

Stellvertretende stimmber. Mitglieder

- | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|--------------------------------------|---------------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------------------|------------------------------------------|--------------------------------------------|--------------------------------------|-----------------------------------------------|-------------------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|--------------------------------------|----------------------------------|----------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> CDU Gerharz | <input type="checkbox"/> CDU Köllejan | <input type="checkbox"/> CDU Simons | <input type="checkbox"/> CDU Flimm (SK) | <input type="checkbox"/> CDU Nolden (SK) | <input type="checkbox"/> SPD Venghaus (SK) | <input type="checkbox"/> SPD Konertz | <input type="checkbox"/> Grüne Müller-Neimann | <input type="checkbox"/> FDP Fischer (SK) | <input type="checkbox"/> CDU CDU | <input type="checkbox"/> CDU CDU | <input type="checkbox"/> CDU CDU | <input type="checkbox"/> CDU CDU | <input type="checkbox"/> SPD SPD | <input type="checkbox"/> SPD SPD | <input type="checkbox"/> Grüne Grüne | <input type="checkbox"/> FDP FDP | <input type="checkbox"/> fw/bVb fw/bVb |
|--------------------------------------|---------------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------------------|------------------------------------------|--------------------------------------------|--------------------------------------|-----------------------------------------------|-------------------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|--------------------------------------|----------------------------------|----------------------------------------|

Wohlfahrtsverbände

- Wehrhahn, U. AWO
- Junkers Caritas
- Uhle ASB

Jugendverbände

- Robens Stadtjugendring
- Kasiske Stadtjugendring
- Müller, W. Stadtjugendring

Beratende Mitglieder gem. Satzung

- Wackernagel ev. Kirche
- Stockem kath. Kirche
- Hahn ARGE
- Seydel Amtsgericht
- Passon Polizei
- Adams-Scheuer Schulen
- Hoffmann Kinderhaus Schumaneck
- Tischler JGR
- Bär-Heinz Kinderschutzbund
- Fertig Sonderspaß e.V.
- Sauer gem. § 58, Abs. 1, Satz 7 GO NW LINKE

Beratende Mitglieder der Verwaltung gem. Satzung

- Brandt
- Flatten

Stellv. Schriftführer

- Förster

TOP	Gegenstand	Seite	Vorlagen-Nr.
	I. <u>Öffentliche Sitzung</u>		
1.	Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010	3	
2.1	Netzwerkarbeit wegen Kinderarmut im Städtischen Familienzentrum Brühl-Vochem	3	48/88cq
2.2	Sprachstandserhebung 2010 in den Tageseinrichtungen für Kinder	5	48/88cp
2.3	Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in den städtischen Kindertageseinrichtungen	6	48/88cr
3.	Spielraumplanung in Brühl Bezug: Entscheidung des HA vom 25.01.2010 hier:Entsperrung der Haushaltsmittel i. Gesamthöhe von 40.000€ Bezug: HA 06.09.2010 (Vorlage für SK-Bürger/Innen beigefügt)	7	149/88eq
4.	Schutzauftrag der Jugendhilfe bei Kindeswohlgefährdung hier: Neufassung der Dienstanweisung vom 01.12.2006	8	57/06m
5.	Hilfen zur Erziehung; hier: Fach- und Finanzkennzahlen zum Stichtag 31.07.2010	9	57/06 n
6.	Mitteilungen	10	
6.1	Schließung einer Kindertageseinrichtung in Brühl-Schwadorf	10	
6.2	Kinderspielplatz Mühlenberg	11	
6.3	Einladung des Deutschen Pfadfinderbundes Mosaik	12	
7.	Anfragen	12	
7.1	Anfrage Ratsherr Weitz (SPD) - Auswirkung der Schließung der Kindertageseinrichtung in Schwadorf auf das Betreuungskonzept der Stadt Brühl -	12	
7.2	Anfrage Ratsherr Weitz (SPD) - Erkenntnisse über Auskömmlichkeit U3 - 35%-Quote –	12	
7.3	Anfrage Frau Meyer (Kinderschutzbund) - Sicherstellung des Rückweges der OGS-Kinder -	13	
7.4	Anfrage Frau Reisner (Sonderspaß e.V.) - Belegung Jugendzentren „Cultra“ und „City-Treff“	13	
	II. <u>Nichtöffentliche Sitzung</u>	13	
8.	Mitteilungen	13	
9.	Anfragen	13	

I. Öffentliche Sitzung

Frau Vorsitzende Küster (CDU) eröffnet die Sitzung des heutigen Jugendhilfeausschusses.

Zunächst stellt sie fest, dass zu der Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde.

Zu Beginn der Sitzung verpflichtet sie Frau Günsel (JGR) mit der Verpflichtungsformel, da sie erstmals an einer Sitzung teilnimmt.

Ratsherr Weitz (SPD) bittet aus gegebenem Anlass um die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Kindertagesstätte St. Severin in Brühl-Schwadorf“.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) sagt die entsprechende Behandlung des Themas unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ zu.

Weitere Ergänzungs- oder Änderungswünsche zur der Tagesordnung bestehen nicht.

1. Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 01.07.2010

Frau Vorsitzende Küster (CDU) stellt fest, dass es keine Änderungswünsche bei der Niederschrift vom 01.07.2010 gibt.

2. Tagesbetreuung in Einrichtungen

2.1 Netzwerkarbeit gegen Kinderarmut im Städtischen Familienzentrum Brühl-Vochem - Vorlage-Nr. 48/88cq

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) begrüßt das Projekt ganz ausdrücklich, weil diese Netzwerkarbeit zur Vorbereitung ehrenamtlicher Aktivitäten sehr viel bewirken kann. Aufgrund des zunächst einmal vorgesehenen 2-Jahres-Förderzeitraum wird angefragt, ob bereits schon eine Folgeförderung absehbar ist oder aber dann die Finanzierung des Projektes aus Mitteln der Stadt Brühl erfolgen müsse.

Herr Schmitz (Verwaltung) stellt fest, dass es sich in aller Regel hier um eine Anschubfinanzierung handelt um Themen voranzubringen und er geht nicht davon aus, dass es eine Anschlussförderung gibt. Es ist dann sicher Aufgabe, weitere Projekte und Aktivitäten voranzutreiben, die sich dann aber selber finanziell tragen sollten.

Inwieweit dann grundsätzlich weiterer Finanzbedarf besteht, müsse man zunächst abwarten.

Ratsherr Weitz (SPD) begrüßt ebenfalls dieses Projekt und möchte sichergestellt wissen, dass damit dann auch alle Kinder und Familien über die Kindertageseinrichtung hinaus erreicht werden. Die Ansiedlung des Projektes gerade bei einem Familienzentrum bietet natürlich dann gute Rahmenbedingungen. Er fragt an, ob es schon Erfahrungen über die Außenwirkung eines solchen Projektes bei einem Familienzentrum gibt.

Herr Schmitz (Verwaltung) teilt mit, dass es noch keine konkreten Zahlen gäbe. Die Erfahrungen der Kindertageseinrichtungen in den letzten Jahren hätten aber gezeigt, dass eher die bildungsorientierten Eltern von solchen Veranstaltungen angesprochen würden. Gerade aber mit dem Familienzentrum soll dieser bisherige Ansprechkreis durchbrochen werden.

Nach Aussage der Koordinatorin des Familienzentrums kommen nun auch hier verstärkt Eltern zu Veranstaltungen und Kursen, die früher so nicht erreicht wurden. Das Konzept von niedrigschwelligen Hilfen an einem Ort hat sich dabei sehr positiv bewährt und eine größere Außenwirkung als bei einer reinen Kindertageseinrichtung erzielt.

Ratsherr Riedel (Die LINKE) begrüßt ebenfalls dieses Projekt in Vochem bittet aber darum, auch andere Stadtteile, z. B. Pingsdorf und Innenstadt, im Hinblick auf den dortigen hohen Migrationsanteil miteinzubeziehen. Im Übrigen sollte stets aber das gesamte Stadtgebiet betrachtet werden, da es sicherlich nicht nur konkreten Bedarf in den aufgezeigten Stadtteilen gäbe.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) verweist in diesem Zusammenhang auf die verschiedenen Berichte in den letzten Jahren im Ausschuss für Soziales und Migration.

Ratsfrau Richter (SPD) fragt nach Ort und Einladung hinsichtlich der Fachtagung am 25.11.2010 an und in welcher Form die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Brühl eine entsprechende Information erhalten.

Darüber hinaus hätte sie gerne gewusst, ob es in Bezug auf die ehrenamtlichen Bildungspaten bereits ein vergleichbares Projekt gibt und ob man schon für die Stadt Brühl ehrenamtliche Bildungspaten gefunden habe.

Herr Schmitz (Verwaltung) teilt mit, dass die Fachtagung im Jugend- und Kulturzentrum „Cultra“ in der Schildgesstraße stattfinden wird und sich zunächst an Fachbesucher richtet. Selbstverständlich werde aber auch die interessierte Öffentlichkeit durch die örtliche Presse dazu eingeladen.

Hinsichtlich der ehrenamtlichen Bildungspaten wird darauf hingewiesen, dass es durchaus in anderen Erftkreiskommunen schon ehrenamtliche Paten gibt, die in Familien begleitend tätig sind. Im kommenden Jahr wird die Stadt Brühl zusammen mit einem Träger hier Menschen für eine solche Tätigkeit suchen, ausbilden und mit entsprechenden Familien zusammenzubringen, die einen Bedarf haben. Dabei soll in jedem Falle eine reflektierende Begleitung der Paten erfolgen.

Ratsherr Köllejan (CDU) hat eine Frage hinsichtlich des in den Erläuterungen angegebenen Betrages von 1.661,00 € sowie dem Jahresbruttoeinkommen von 24.452,00 € Handelt es sich bei dem Betrag von 1.661,00 € um das durchschnittliche Nettoeinkommen oder aber das Bruttoeinkommen einer Familie.

Herr Schmitz (Verwaltung) geht davon aus, dass es sich hier um den Nettobetrag, der zur Verfügung steht, handelt. Im Übrigen lassen sich die beiden Beträge nicht so miteinander vergleichen, da die Beträge für Vochem nicht vorlägen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

2.2 Sprachstandserhebung 2010 in den Tageseinrichtungen für Kinder - Vorlage 48/88cp -

Herr Wasem (sachkundiger Bürger CDU) fragt nach einer Vorstellung des Sprachförderprogrammes im Jugendhilfeausschuss an und ob der Erfolg der Sprachförderung auch messbar sei.

Herr Schmitz (Verwaltung) führt aus, dass bereits vor ca. 1 Jahr eine sehr anschauliche Vorstellung des in den Kindertageseinrichtungen eingesetzten Sprachförderprogrammes „Kon-Lab“ im Jugendhilfeausschuss erfolgt sei. Bei Bedarf könne man eine solche Vorstellung auch im Hinblick auf weitere Sprachförderprogramme gerne nochmals wiederholen.

Hinsichtlich einer Evaluation der Sprachförderung könne derzeit weder in Brühl noch auf Landesebene eine Aussage gemacht werden.

Diese Thematik ist jedoch auch ein Schwerpunkt der neuen Landesregierung, nicht nur die Weiterführung der Sprachförderung, sondern auch die Wirksamkeit der Förderprogramme in den Blick zu nehmen.

Ratsherr Weitz (SPD) schließt sich der Anfrage von Herrn Wasem (sachkundiger Bürger CDU) insbesondere im Hinblick auf die Frage an, ob die Sprachförderprogramme tatsächlich zielführend sind.

Frau Kühn-Mengel (AWO) weist darauf hin, dass die Zahlen zeigen, dass bestimmte Gruppen nicht oder zu spät erreicht werden. Aus diesem Grunde sind diese Gruppen verstärkt in den Focus zu nehmen. Desweiteren wird auf die vielfältige Problematik der Störungen bei verzögerter Sprachentwicklung hingewiesen. Als Symptome dafür könnten u.a. benannt werden: allgemeine soziale Unterversorgung, generelle Entwicklungsstörung, allg. Förderdefizit, bestimmte traumatische Erkenntnisse. Der Test differenziert aus ihrer Sicht nicht genügend diese Umstände. Eine Evaluation werde daher sehr begrüßt.

Ratsherr Riedel (Die LINKE) fragt in diesem Zusammenhang an, ob Kinder von Eltern, die ALG II/Hartz IV erhalten, grundsätzlich nur eine Halbtagsplatzfinanzierung beim Besuch einer Kindertageseinrichtung erhalten und damit nicht in vollem Umfange an notwendiger Sprachförderung teilnehmen könnten.

Herr Schmitz (Verwaltung) führt aus, dass ihm kein Fall bekannt sei, wo es eine Einstufung in ein geringeres Betreuungszeitkontingent durch die Träger der Einrichtungen aufgrund des angefragten Sachverhaltes gegeben hätte.

Frau Reisner (Sonderspaß e.V.) weist auf die Umfragen in den Kindertageseinrichtungen in Bezug auf den Ganztags-Betreuungswunsch der Eltern hin. So wäre nicht auszuschließen, dass Kinder von Eltern, die beide ganztätig berufstätig sind, einen Ganztagsplatz und damit ggfls. eine umfangreiche Sprachförderung erhalten, andere Kinder aber, deren Eltern/Elternteil nicht ganztätig berufstätig sind und entsprechend nur einen Halbtagsplatz benötigen, diese Kinder mit evtl. besonderem Sprachförderungsbedarf dann aber weniger an Sprachförderung in Anspruch nehmen können.

Herr Schmitz (Verwaltung) stellt klar, dass er sich nicht auf die Umfragen bei den Kindertageseinrichtungen bezogen habe, sondern auf die konkreten Anmeldungen bei den Tageseinrichtungen zum 15.3. eines Jahres. Diese Zahlen sind Basis für die Meldung an das Land zur Berechnung der entsprechenden Kindpauschalen für die jeweilige Tageseinrichtung. Er geht nicht davon aus, dass ein Träger einer Einrichtung Eltern davon abrät, eine geringere Betreuungszeit in Anspruch zu nehmen. Vielmehr dürfte eher das Gegenteil der Fall sein, dass der Träger bestrebt ist, Kindern bei entsprechendem Bedarf eine längere Betreuungszeit zu Gute kommen zu lassen.

Es wird nochmals festgestellt, dass keinem Kind eine längere Betreuungszeit verweigert wird, weil dessen Eltern Hartz IV-Bezieher sind.

Frau Meyer (Kinderschutzbund) begrüßt diese vorliegende und sehr detaillierte Aufstellung.

Herr Assenmacher (Caritas) verweist aus seiner Sicht bei der Wahl einer längeren Betreuungszeit eher auf die Problematik bei den Kindern, deren Eltern mit ihrem Einkommen knapp über dem Hartz IV-Einkommen liegen und hier bei höheren Elternbeiträgen hinsichtlich der Inanspruchnahme einer wöchentlichen 45-stündigen Betreuungszeit überzeugt werden müssten.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

2.3 Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in den städtischen Kindertageseinrichtungen -Vorlage 48/88cr -

Frau Vorsitzende Küster (CDU) fragt nach dem Inhalt des Würzburger Trainingsprogrammes.

Herr Schmitz (Verwaltung) teilt mit, dass es sich hier um ein weiteres Sprachförderprogramm handelt, neben dem derzeitigen in städtischen Kindertageseinrichtungen eingesetzten Kon-Lab-Sprachförderprogramm. Die genaue Funktionsweise ist ihm jedoch nicht bekannt.

Ratsherr Weitz (SPD) fragt nach der Schulung aller Mitarbeiter bei diesem Sprachförderprogramm, was umgehend bejaht wird.

Des Weiteren wird angemerkt, dass die Darstellung unübersichtlich und schwierig herauszulesen sei, ob eine Qualitätsverbesserung vorliegt und ob man bei einer einmaligen Maßnahme in einer Tageseinrichtung wirklich von einer Qualitätsverbesserung sprechen könne.

Vielmehr müsste das Augenmerk auf längerfristige Angebote gelegt werden, die dann zur Erfüllung der Standards führten.

Hilfreich wäre die Vorlage einer Darstellung, aus der die Standards im Hinblick auf die Konzeption oder Zertifizierung der Tageseinrichtung sich ergeben.

Ansonsten ist die Feststellung von Qualitätssteigerungen bzw. deren Messbarkeit kaum möglich.

Abschließend wird darauf verwiesen, dass es sich bei der Aufstellung nur um die städtischen Tageseinrichtungen handelt und es wird angefragt, ob auch an eine Abfrage der Qualitätsverbesserungen bei den Einrichtungen der freien Träger gedacht werde.

Herr Schmitz (Verwaltung) geht davon aus, dass jeder Träger bestrebt sein wird, seine Qualität stetig zu überprüfen und zu verbessern und diese sicherlich bereit sind, die entsprechenden Maßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls darzustellen.

Ratsherr Weitz (SPD) merkt dazu an, dass es für den Jugendhilfeausschuss schwierig zu beurteilen sei, ob es wirklich Qualitätsverbesserungen in allen Brühler Tageseinrichtungen gibt, wenn nicht bekannt ist, was dort eigentlich passiere.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

3. **Spielraumplanung in Brühl**

Bezug: Entscheidung des HA vom 25.01.2010

hier: Entsperrung der Haushaltsmittel in Gesamthöhe von 40.000 €

Bezug: HA 06.09.2010

- Vorlage 149/88eq -

Frau Vorsitzende Küster (CDU) verweist auf die durch den Hauptausschuss bereits entsperren Haushaltsmittel und auf den ausgehängten Plan.

Herr Miron (Stadtjugendring) fragt nach der kartographischen Angabe „Studentenwohnheim“ im ausgehängten Plan an und bittet um Erläuterung.

Der Erste Beigeordnete Herr Brandt (Verwaltung) nimmt bezug auf den letzten Hauptausschuss und teilt mit, dass es sich um ein Versehen handelt und ein solches Projekt noch lange nicht entscheidungsreif sei.

Herr Regh (Stadtjugendring) fragt im Zusammenhang mit der Nutzung der Villa Kaufmann an, ob es für die endgültige Aufgabe dieses Hauses schon ein konkretes Datum gibt und damit wie lange die Jugendverbände dort noch verbleiben können.

Der Erste Beigeordnete Brandt (Verwaltung) verweist darauf, dass ihm kein konkretes Datum für die Aufgabe des Hauses bekannt sei, dies aber gleichwohl dennoch so bald wie möglich erfolgen solle.

Herr Schmitz (Verwaltung) ergänzt, dass die Zusage weiterhin gelte, dass kein Jugendverband die Villa Kaufmann verlassen müsse, ohne dafür einen Ersatz zu erhalten. Soeben habe er auch erfahren, dass für den DPSG, Stamm Kurfürst, eine Entscheidung kurz bevor stehe. Es ist daher davon auszugehen, dass die Villa Kaufmann in den nächsten Monaten dann endgültig geräumt sei.

Herr Miron (Stadtjugendring) bedankt sich im Namen der Jugendverbände nochmals für die Zusage, dass keine Jugendverbände „vor die Tür gesetzt werden“, ohne dass Ersatzräumlichkeiten vorhanden sind.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Entsperrung der Haushaltsmittel für das Spielgerät auf dem Spielplatz „Am Volkspark“ in Gesamthöhe von 40.000 € zur Kenntnis.

4. **Schutzauftrag der Jugendhilfe bei Kindeswohlgefährdung**
hier: Neufassung der Dienstanweisung vom 01.12.2006
- Vorlage 57/06m -

Ratsherr Weitz (SPD) fragt in diesem Zusammenhang an, ob es im Hinblick auf die Arge Rhein-Erft-Kreis zwischenzeitlich entsprechende Gespräche mit den Mitarbeitern gegeben habe und Schulungen bzw. Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt worden seien.

Herr Schmitz (Verwaltung) teilt mit, dass es in nächster Zeit ein Gespräch mit den Mitarbeitern der dortigen Geschäftsstelle geben werde.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) stellt fest, das über die reine Dienstanweisung hinaus bei Personen von anderen Institutionen, z.B. Lehrer, Unkenntnis darüber bestehe, wer genau Ansprechpartner bei der Stadt sei und wie der genaue Verlauf aussehe.

Herr Schmitz (Verwaltung) verweist darauf, dass es vielfältige Kommunikationsstränge zwischen Schule, Kindertageseinrichtungen und Jugendamt gibt für den Fall, dass Kinder mutmaßlich oder tatsächlich in Gefahr sind. In Kürze stehe auch der Abschluss einer Vereinbarung mit allen Schulen im Rhein-Erft-Kreis an, in der es ganz konkret um das Verfahren geht, wer und wie im Einzelfall anzusprechen ist und wer an welcher Stelle welche Verantwortung trägt.

Es wird nochmals auf die vorliegende sehr ausführliche Dienstanweisung verwiesen die dazu geführt hat, dass keine Information an irgendeiner Stelle verloren geht und vordringlich bearbeitet wird.

Aufgrund dieser Rahmenvereinbarung erhalten die Schulen durch das Jugendamt Ansprechpartner benannt, die unmittelbar - und zwar über 24 Stunden lang - erreichbar sind. Die Rahmenvereinbarung wird in der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung vorgestellt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

5. Hilfen zur Erziehung

hier: Fach- und Finanzkennzahlen zum Stichtag 31.07.2010 - Vorlage 57/06n -

Herr Schmitz (Verwaltung) weist darauf hin, dass das Problem der Ausgabensteigerung kein Brühl spezifisches Problem ist und schon gar nicht in der Verantwortung der Mitarbeiter des Jugendamtes liegt. Das Jugendamt hat Sorge für einen ordentlichen Prozessablauf zu tragen, ist aber nicht dafür verantwortlich, dass Kinder in Not nach Brühl kommen und Hilfen erfahren.

Im Ausblick auf die Situation könne man aufgrund der derzeitigen Lage von einer Stabilisation der Zahlen für das Jahr 2010 sprechen. Desweiteren werde man sich im Jahr 2011 noch intensiver mit dem Thema „kostengünstigere Hilfen“ beschäftigen.

Ohne Zweifel ist die Vollzeitpflege eine kostengünstigere Hilfe gegenüber der Heimunterbringung. Gleichwohl gibt es Probleme, entsprechende Pflegeeltern zu finden, die für ein relativ geringes Entgelt ein Kind - manchmal über Jahre hinweg - aufnehmen. Der Ausbau der Vollzeitpflege ist daher für das nächste Jahr eine vordringliche Aufgabe.

Ratsfrau Mäsgen (Grüne) fragt an, unter welchem Sachkonto die sog. Fachleistungsstunden bei der Aufstellung zu finden sind.

Herr Schmitz (Verwaltung) verweist auf Punkt „1.2 Aufwandskonten“ (Seite 2) - Jugendhilfe außerhalb von Einrichtungen - unter flexibler Jugendhilfe und hier auf den entsprechenden Ansatz von 250.000 € und der Prognose von 368.000 €.

Herr Wasem (sachkundiger Bürger CDU) fragt nach der Verfahrensweise bei der Entscheidung über den Einsatz der Hilfeart. Müsse man es sich als ein hierarchisches Verfahren so vorstellen, dass zunächst das Kind im Rahmen einer ambulanten Hilfe betreut werde und wenn dies nicht ausreichend sei dann im Rahmen der Vollzeitpflege betreut werde und wenn dies ebenfalls nicht ausreichend sei dann weiter in einer Tagesgruppe eine Betreuung finden würde. Durchlaufen also die Kinder der Reihe nach die unterschiedlichen Hilfearten oder handelt es sich dabei um ein Konstrukt.

Herr Schmitz (Verwaltung) verweist darauf, dass es sicherlich solche Jugendhilkarrieren gibt. Grundsätzlich gibt es bei offensichtlichem Hilfebedarf ein klar geregeltes Verfahren, welche Hilfe wie gewährt wird. Die Fallkonferenz des Allgemeinen Sozialen Dienstes klärt unter Abwägung aller relevanten Umstände den Einsatz einer konkreten Hilfeart. Da es dabei stets Ziel ist, das Familiensystem zu stützen und zu befähigen und die Kinder selber bei sich zu behalten und zu fördern, sind natürlich die ambulanten Maßnahmen in den letzten Jahren sehr gestiegen. Oftmals jedoch kommt man zu der Erkenntnis, dass diese sehr niedrigschwellige Hilfe nicht ausreichend ist und eine intensivere Hilfe als Anschlussmaßnahme erforderlich wird. Ebenso kann es jedoch von Anfang an sein, dass nur eine intensivere Hilfe hier erfolgversprechend und sofort eine Heimunterbringung unerlässlich ist.

Abschließend sei festzuhalten, dass es grundsätzlich keine „Hilfeleiter“ gibt, die Stufe für Stufe hinaufgeklettert wird.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) regt einmal eine Aufstellung in Form eines Diagramms über die grundsätzlichen Hilfeart-Möglichkeiten an.

Ratsherr Riedel (Die LINKE) fragt an, ob auch über die örtliche Presse Vollzeitpflegestellen gesucht würden.

Herr Schmitz (Verwaltung) weist darauf hin, dass dieser Dienst an den Sozialen Dienst Kath. Frauen Rhein-Erft-Kreis e.V. (SKF) abgegeben worden ist, der diese Arbeit sehr kompetent wahrnehme. Gegenwärtig beständen Überlegungen über eine Kampagne, interessierte Eltern anzusprechen. Gleichwohl habe man auch feststellen müssen, dass sich bei einem solchen Aufruf auch Eltern meldeten, die bereits selber in der Vergangenheit einmal mit ihren Kindern in der Betreuung des Jugendamtes waren.

In jedem Falle werde man aber über eine entsprechende Öffentlichkeitskampagne Menschen ansprechen, die sich in dieser sehr sinnvollen und anstrengenden Arbeit engagieren möchten. Man müsse aber feststellen, dass dann selbstverständlich eine Konkurrenz unter den Erftkreiskommunen erfolge, da ja alle Kommunen bestrebt sind, über diese Hilfeart kostengünstige Hilfen anzubieten.

Ratsherr Wehr (FDP) regt an, auch über den Elternbesuchsdienst für junge Eltern Werbung für diese Arbeit zu machen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

6. Mitteilungen

6.1 Schließung einer Kindertageseinrichtung in Brühl-Schwadorf

Der Erste Beigeordnete Brandt (Verwaltung) teilt zum Thema „Schließung einer Kindertageseinrichtung in Brühl-Schwadorf“ folgendes mit:

Ob eine kirchliche Kindertageseinrichtung geschlossen wird ist zunächst eine innerkirchliche Angelegenheit. Bis zum heutigen Tage liegt der Stadt Brühl keine offizielle Mitteilung über einen entsprechenden Sachverhalt vor. Erst danach kann das übliche Verfahren eingeleitet werden.

Herr Kühn (Kath. Kirche) führt aus, dass es bis zum heutigen Tage noch keine offizielle Mitteilung an die Stadt Brühl gegeben habe, da es gegenwärtig nur entsprechende innerkirchliche Überlegungen gibt. Die Problematik liegt auch darin, dass in der Vergangenheit aufgrund der kirchlichen Umstrukturierung auch kein Entscheidungsträger vorhanden war, der eine solche Entscheidung hätte treffen können.

Erst am letzten Dienstag hat der Kirchengemeindeverband in seiner konstituierenden Sitzung beschlossen, den Kindergarten in Schwadorf möglichst

gut verträglich auslaufen zu lassen. Dieser Beschluss wurde sodann an das Erzbistum weitergegeben.

Grundsätzlich hat es bisher mit der Stadt Brühl stets nur informelle Gespräche gegeben.

Fakt ist aber auch, dass bei der Kindertageseinrichtung ein großer Bedarf an Umbauarbeiten besonders in Bezug auf die U3-Plätze sowie der Außenanlagen besteht und es derzeit auch nur eine vorläufige Betriebserlaubnis gibt.

Es sei aber auch ganz klar, dass die Kirche weiterhin diese 18 Gruppen im Stadtgebiet von Brühl betreiben will. Man werde sich von einem Standort trennen, nicht aber von Gruppen.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) verweist auf eine Presseveröffentlichung, wonach eine Gruppe nach Badorf und eine Gruppe nach Heide verlegt werden soll und hinterfragt dabei, wie Kinder von Schwadorf nach Heide kommen.

Herr Kühn (kath. Kirche) verweist hinsichtlich der Gruppenverlegung nach Heide auf eine Anfrage der Stadt Brühl im Hinblick auf die dortige Einrichtung einer integrativen Gruppe. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten sei seitens der Kirche dort eine entsprechende Gruppe durchaus denkbar.

Herr Schmitz (Verwaltung) entgegnet und stellt klar, dass die Stadt Brühl nicht auf den kirchlichen Träger zugegangen sei mit dem Ziel, in Schwadorf eine Tageseinrichtung zu schließen und dafür in Heide eine integrative Gruppe einzurichten. Vielmehr war die Überlegung in Heide, eine bestehende Gruppe in eine integrative Gruppe umzuwandeln.

Herr Kühn (kath. Kirche) bestätigt die Ausführungen von Herrn Schmitz und bedauert die missverständliche Ausdrucksweise.

Es wird weiterhin darauf hingewiesen, dass es seitens des Erzbistums die klare Aussage gibt, keine weiteren Gruppen mehr über die bestehenden 18 Gruppen hinaus einzurichten.

Ratsherr Köllejan (CDU) möchte von Herrn Kühn wissen, warum, wenn die Schließung der Einrichtung- wie ausgeführt- bisher nur hinter verschlossenen Türen und nur informell behandelt worden sein soll, das Thema in Schwadorf bei den betroffenen Eltern bereits jetzt schon aber extrem „hohe Wellen“ schlage.

Zudem gäbe es in dieser Sache eine Vielzahl von Gerüchten und er bittet hier um eine entsprechende Aufklärung.

Des Weiteren würde ihn interessieren, ob auf dem Elternabend der Einrichtung am 5.10.2010 schon weitere Informationen gegeben werden können.

Herr Kühn (kath. Kirche) teilt mit, dass es heute morgen eine Zusammenkunft mit der Leitung der Einrichtung, den Mitarbeiterinnen sowie den Vertretern des Elternrates gegeben habe, in der der derzeitige Sachstand- wie er hier auch dargelegt wurde- mitgeteilt wurde. Kurzfristig werde es jetzt in dieser Angelegenheit ein Schreiben an alle Eltern der Tageseinrichtung geben.

Bei der Versammlung am 5.10.2010 würden auch 2 Vertreter des Kirchengemeindeverbandes Brühl teilnehmen.

6.2 **Kinderspielplatz Mühlenberg**

Herr Schmitz (Verwaltung) verweist auf den ausgehängten Plan des Kinderspielplatzes Mühlenberg und teilt mit, dass mit den Bauarbeiten nächste Woche begonnen werde. Während der Umbauarbeiten muss der Spielplatz leider geschlossen bleiben.

6.3 **Einladung des Deutschen Pfadfinderbundes Mosaik**

Herr Miron (Stadtjugendring) lädt seitens des Deutschen Pfadfinderbundes Mosaik, Horst Brühl, alle Mitglieder des Jugendhilfeausschusses herzlich zur Einweihung des neuen Pfadfinderheimes am kommenden Samstag in Brühl-Heide, Villestr. 57, ab 14.00 Uhr, ein.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) bedankt sich für die Einladung.

7. **Anfragen**

7.1 **Anfrage von Ratsherrn Weitz (SPD)**

Da es sich bei der Kindertageseinrichtung in Schwadorf also nicht um eine Schließung der Einrichtung, sondern um eine Verlagerung der beiden Gruppen in andere Ortsteile handelt, wird angefragt, ob sich dadurch für das Betreuungskonzept der Stadt Brühl neue Fragen, Problematiken oder sonstige Auswirkungen ergeben.

Der Erste Beigeordnete Brandt (Verwaltung) verweist darauf, dass bei Vorliegen eines entsprechenden Schreibens des Kirchengemeinerverbandes Brühl selbstverständlich konkrete Auswirkungen auf das Betreuungskonzept der Stadt geprüft werden.

7.2 **Anfrage von Ratsherrn Weitz (SPD)**

Gibt es Erkenntnisse, dass die vom Gesetzgeber vorgegebene Bedarfsquote von 35% bei der U3-Betreuung für Brühl nicht ausreichend ist und wie sieht hier die Prognose aus?

Herr Schmitz (Verwaltung) teilt mit, dass der Gesetzgeber keine Quote von 35% vorgeschrieben hat, sondern er hat festgelegt, dass ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten sei.

Unsere Feststellungen haben jedoch ergeben, dass diese 35%-Quote jedoch für Brühl nicht ausreichend ist, da das Nachfrageverhalten doch anders ist. Es wird in diesem Zusammenhang auf die gegenwärtige Fortschreibung der Planung verwiesen, die dann der höheren Nachfrage an Plätzen als der 35%-Quote Rechnung tragen wird. Der Wegfall der Plätze in Schwadorf- so er dann kommt- würde selbstverständlich dann ebenfalls in die neue Planung mit einfließen.

Ratsherr Weitz (SPD) fragt in diesem Zusammenhang an, ob im Jahre 2013 dann auch genügend Personal vorhanden sei.

Herr Schmitz(Verwaltung) verweist darauf, dass die Nachfrage das Angebot im Personalbereich gegenwärtig übersteigt. Es ist in heutiger Zeit grundsätzlich schon schwierig, ausgeschriebene Stellen auch besetzen zu können.

Für Brühl könne man jedoch festhalten, dass bisher jede ausgeschriebene Stelle habe auch besetzt werden können, wenngleich manches Mal aber erst zeitverzögert und mit großem Aufwand.

Zukünftig müsse s.E. auch darüber nachgedacht werden, ob nicht Mitarbeiterinnen aus anderen Berufszweigen (z.B. bildende Künstler) in den Kindertageseinrichtungen beschäftigt werden können, die sicherlich im Kreativbereich eine große Bereicherung seien.

7.3 Anfrage von Frau Meyer (Kinderschutzbund)

Es wird angefragt, wie der Rückweg der OGS-Kinder nach Hause sichergestellt wird.

Herr Nahlik (Verwaltung) teilt mit, dass es keine gesetzliche Verpflichtung des Schulträgers gibt, OGS-Kinder mit Schulbussen nach Hause zu fahren.

Eine freiwillige Übernahme der Transportkosten für alle 6 Offenen Ganztagsgrundschulen sei für die Stadt Brühl jedoch finanziell nicht tragbar.

Für die Anbindung des Geildorfer Feldes ist die Situation so gelöst worden, dass die Kinder die bestehende Buslinie von der Martin Luther Schule bis zur Eckdorfer Mühle benutzen und den Rest des Weges dann fußläufig zurücklegen können.

Auf die Nachfrage von Frau Meyer hinsichtlich der Anbindung von Brühl-Ost erklärt Herr Nahlik nochmals, dass es keine rechtliche Verpflichtung zur Sicherstellung des Rückwegs gibt. Wenn Eltern ihre Kinder bei der OGS anmelden, dann handelt es sich um die freiwillige Inanspruchnahme des städtischen OGS-Angebotes. Die Eltern hätten dann selber sicherzustellen, dass ihre Kinder dann auch nach dem OGS-Betrieb von ihnen wieder abgeholt werden.

7.4 Anfrage von Frau Reisner (Sonderspaß e.V.)

Es wird hinsichtlich der Belegung der Jugendzentren „Cultra“ und „City-Treff“ nachgefragt.

Frau Vorsitzende Küster (CDU) verweist auf die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses und das zum Jahresende bzw. Jahresanfang ein Bericht erfolge.